

Postulat: Massnahmen gegen Missbrauch durch Deepfakes

Gestützt auf Artikel 44 der Geschäftsordnung des Landtages vom 19. Dezember 2012, Landesgesetzblatt 2013 Nr. 9, reichen die unterzeichnenden Abgeordneten nachstehendes Postulat ein und stellen den Antrag, der Landtag wolle beschliessen:

Die Regierung wird gebeten zu prüfen, wie auch in Liechtenstein verstärkt gegen die zunehmende Verbreitung von nicht autorisierten Deepfakes und KI-generierten Inhalten vorgegangen werden kann. Die Regierung wird gebeten, Massnahmen zu prüfen, um den Missbrauch von Deepfakes und KI-generierten Inhalten zu verhindern und die Bevölkerung sowie Institutionen vor den damit verbundenen Risiken zu schützen. Dabei sollen rechtliche, technische und präventive Massnahmen untersucht werden, um mögliche Handlungsspielräume aufzuzeigen. Insbesondere soll dargelegt werden, welche weiteren rechtlichen und technischen Massnahmen möglich sind, um betroffene Personen in Liechtenstein besser zu schützen, die ohne ihre Einwilligung in KI-generierten Inhalten wie Bildern, Videos oder Audios auftauchen. Zudem soll geprüft werden, inwiefern Plattformen, die solche Inhalte verbreiten, zur Verantwortung gezogen werden können.

Begründung:

Die Qualität KI-generierter Inhalte steigt rasant. Stimmen, Gesichter und Bewegungen lassen sich inzwischen so realistisch nachbilden, dass sie für viele kaum noch von echten Aufnahmen zu unterscheiden sind. Damit wächst zugleich das Missbrauchsrisiko: Kriminelle nutzen täuschend echte Stimmen, um insbesondere ältere Menschen am Telefon um ihr Geld zu bringen. In sozialen Netzwerken kursieren gefälschte Nacktbilder oder intime Videos, die ohne Zustimmung Betroffener erstellt werden, oft als Racheaktion nach gescheiterten Beziehungen. Auch die Politik ist nicht gefeit: 2024 sorgte etwa ein Deepfake-Video für Aufsehen, in dem die dänische Premierministerin angeblich Feiertage abschaffen und den Fleiss ihrer Landsleute infrage stellen wollte. In einer Berichterstattung des schweizerischen „Tagesanzeiger“ vom 30. April 2024 wurde auch die Meinung von Jesper Taekke, Medienwissenschaftler von der Universität Aarhus wiedergegeben. Er ist der Ansicht, dass solcherlei täuschend echt wirkende Videos das Vertrauen in alle Politiker kategorisch untergraben, weil sie Zweifel daran säten, was und wem man überhaupt noch glauben könne.

Um solchen Manipulationen wirksam zu begegnen, plant Dänemark laut verschiedenen Medienberichten ein neues KI-Gesetz. Es soll Betroffenen das Recht geben, die Löschung von Deepfakes, die ohne ihre Zustimmung erstellt wurden, einzufordern. Plattformen, die solchen Forderungen nicht nachkommen, müssen künftig mit empfindlichen Strafen rechnen. Gemäss der Nachrichtenplattform heise.de sagte der dänische Kulturminister Jakob Engel-Schmidt der britischen Tageszeitung Guardian: "Mit dem Gesetzesentwurf einigen wir uns auf die eindeutige Botschaft, dass jeder das Recht auf seinen eigenen Körper, seine eigene Stimme und seine eigenen Gesichtszüge hat. Das aktuelle Gesetz schützt die Menschen jedoch offenbar nicht vor generativer KI."

Diese Problematik ist auch für Liechtenstein von Relevanz: Aufgrund der überschaubaren politischen Landschaft und der direkten Nähe zwischen Bürgern und Entscheidungsträgern könnten Deepfakes das Vertrauen in Institutionen besonders schnell erschüttern. Umso wichtiger ist es, dass Politik, Medien und Gesellschaft im Land frühzeitig Sensibilität für diese Gefahr entwickeln und Strategien im Umgang mit KI-generierten Inhalten erarbeiten.

Es ist den Postulanten dabei bewusst, dass Liechtenstein aufgrund der Marktgrösse eventuell schlechtere Karten gegenüber weltweit agierenden digitalen Plattformen hat, als beispielsweise ein Land wie Dänemark. Insofern wird die Regierung gebeten, die rechtlichen Möglichkeiten darzulegen und deren Durchsetzbarkeit einzuschätzen sowie allfällige Alternativen aufzuzeigen.

Quellenangaben:

Tagesanzeiger: <https://www.tagesanzeiger.ch/deepfake-video-christliche-feiertage-in-daenemark-abgeschafft-482790685263>

Heise: <https://www.heise.de/news/Daenemark-will-Persoenlichkeitsrechte-gegen-Deepfakes-staerken-10463430.html>

Vaduz, 26. August 2025

Die Postulanten:

(Dietmar Hasler)
(Carmen Heeb-Kindler)

(Stefan Öhr)

(Roger Schädler)

(Manfred Kaufmann)

(Johannes Zimmermann)

Dagmar Bühler-Nigsch

Tanja Cissé